

Anmerkungen zu einem Artikel von Klaus Hartung

(erschieden unter den Titeln „[SPD: Ohne Sozialstaatsreform stirbt die Partei](#)“ in ZEIT online vom 29.8.2009 und „[Deutschland Transfer](#)“ in Tagesspiegel online am selben Tag)

Klaus Hartung beginnt mit einer richtigen Beobachtung:

"Denn das Selbstverständnis einer großen Mehrheit in Deutschland kann man nach wie vor sozialdemokratisch nennen. Die meisten gehen davon aus, dass es der Staat ist, der für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit (bis zu einem gewissen Grad) und Umverteilung (in Maßen) um des lieben sozialen Friedens willen sorgen muss. Zugang zur Bildung, garantierte medizinische Versorgung und sichere Renten müssen staatliche Aufgaben sein."

An diesem Teil der Wirklichkeit, der Ausgangspunkt für eine zutreffende Analyse hätte sein können, kam der Autor nicht vorbei. Dann allerdings fügt er Häme hinzu:

"Dabei sind die Nutznießer des Sozialstaates so strukturkonservativ gesinnt wie die Sozialstaatspartei SPD."

Der weitere Text von Klaus Hartung ist **denunziatorisch, verlogen und infam**.

Es ist denunziatorisch, den Eindruck zu vermitteln, die steigenden Schulden des Staates hätten ihre Ursache in der Anspruchsmentalität und Faulheit der sogenannten kleinen Leute.

Es ist verlogen, die tatsächliche Verantwortung der Eliten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft für eine desaströse Wirtschaftspolitik, die daraus folgende Arbeitslosigkeit und die Austrocknung von Steuerquellen auszublenden.

Und es ist infam, die SPD auf ihrem Weg in die selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit darin zu bestärken, weiterhin eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Arbeitnehmer zu verfolgen.

Hartung hat sich in den Dienst einer Elite gestellt, die auf volkswirtschaftlicher Ebene umfassend versagt und sich zugleich persönlich bereichert hat - und sehr daran interessiert ist, die SPD weiterhin für ihre Zwecke instrumentalisieren zu können.

Hartung nutzt beinahe jeden Satz für Verdrehungen und falsche Behauptungen. Aus dieser Flut einzelne Punkte herausgreifen und widerlegen zu wollen, erscheint sinnlos. Die Fakten sind bekannt und können auf den NachDenkSeiten recherchiert werden.

Sinnvoller erscheint eine Gegenpolemik, die sich gegen diejenigen richtet, welche die Misere tatsächlich zu verantworten haben. Überzeugen Sie sich selbst, ob das Ergebnis nicht viel näher an der Wahrheit liegt als das Original.

Im Folgenden wird die (kursiv gesetzte) Dichtung des Klaus Hartung daher absatzweise kommentiert:

*„Der gewöhnlich intellektuell unterschätzte
Stammtisch fragt sich sehr wohl, wie der Sozial-
staat in Zukunft finanziert werden soll. Er kennt
die Demografie und weiß, dass die Staatsver-
schuldung wachsen muss, sollen die Sozialstan-
dards erhalten werden.“*

Der (u.a. von Journalisten wie Klaus Hartung) desinformierte Stammtisch weiß häufig nicht, dass die Folgen der demografischen Veränderungen wie in den vergangenen Jahrzehnten auch in Zukunft ohne eine Senkung der Sozialstandards und ohne mehr Staatsschulden aus dem Produktivitätsfortschritt finanziert werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass durch eine kluge Makropolitik eine hinreichend hohe Beschäftigungsquote erreicht wird. Die Kosten für den Sozialstaat werden vor allem von Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben.

<p><i>„Gegenüber dem Sozialstaat teilt sich der Mensch in den Klienten, der nimmt, was ihm zusteht, und in den Steuerzahler, der allen anderen tendenziell unterstellt, dass sie den Sozialstaat missbrauchen. Diese prinzipielle Ambivalenz des Sozialstaatsbürgers ist unvermeidlich. Akut wird sie, wenn die Finanzierungskrise ins öffentliche Bewusstsein drängt und gleichzeitig Zweifel am Sinn und an der Wirkung sozialer Leistungen wachsen.“</i></p>	<p>Gegenüber dem Staat teilt sich der Mensch in den häufig begüterten Klienten, der nimmt, was er kriegen kann, und in den Steuerzahler, der kaum Möglichkeiten hat, der Steuerpflicht auszuweichen. Diese prinzipielle Ambivalenz des Bürgers wird für unvermeidlich erklärt. Akut wird sie, wenn die Zweifel am Missbrauch von Steuerge-ldern etwa zur Rettung von Zockerbanken wachsen. Diese Mittel sollen demnächst mit Leistungskürzungen und Steuererhöhungen wieder eingetrieben werden - und zwar keineswegs von denjenigen, welche die Krise zu verantworten haben. Dies propagandistisch zu begleiten, indem "Zweifel am Sinn und an der Wirkung sozialer Leistungen" geschürt werden, ist der Zweck solcher Pamphlete.</p>
<p><i>"Dabei schwant auch der SPD, dass die Transferleistungen fragwürdige gesellschaftliche Folgen haben. Sozialmissbrauch wird auch auf Parteitagten beklagt – und schnell mit dem Ruf nach mehr Kontrollen abgewehrt. Dennoch weiß jeder um die Existenz einer Unterschichtkultur – die so zu nennen tabu ist –, in der es Eltern gibt, die sich gar nicht mehr anstrengen, damit es ihren Kindern einmal besser geht. Die Anzahl der Familien wächst, die in dritter Generation vom Transfer leben. Wenn viele von ihnen ihre Energie und ihr Erfahrungswissen darauf verwenden, so viel Staatsknete wie möglich abzugreifen, handelt es sich nicht um Missbrauch, sondern um systemkonformes Verhalten."</i></p>	<p>Dabei schwant auch der SPD, dass Transferleistungen an die Finanzwirtschaft fragwürdige gesellschaftliche Folgen haben. Dieser Missbrauch von Staatsmitteln wird auch auf Parteitagten beklagt – und schnell mit dem Ruf nach mehr Kontrollen abgewehrt. Leider bleibt es bei dem Ruf. Dennoch weiß jeder um die Existenz einer parasitären Kultur – die so zu nennen tabu ist –, in der es Geld-Eliten gibt, die sich gar nicht mehr anstrengen müssen, damit es ihren Kindern einmal besser geht. Und auch die Anzahl derer, die in dritter Generation königlich von dem leben, was andere erarbeiten, wächst. Wenn viele von ihnen ihre Energie und ihr Erfahrungswissen darauf verwenden, so viel Staatsknete wie möglich abzugreifen, handelt es sich nicht um Missbrauch, sondern um systemkonformes Verhalten.</p>
<p><i>"Dabei konterkariert eine Transferleistung die andere. So wird einerseits die „bildungsferne Schicht“ in einer Weise finanziert, die die Motivation für all die neuen Bildungsangebote unterminiert, deren Kosten der Sozialstaat ebenfalls trägt."</i></p>	<p>Dabei konterkariert eine Transferleistung die andere. So wird die nicht auf Lohn oder Gehalt angewiesene Schicht in einer Weise subventioniert und steuerlich entlastet, die die Motivation für alle unterminiert, welche mit direkten und indirekten Steuern sowie Sozialabgaben Staatshaushalt und Sozialsysteme finanzieren müssen.</p>

<p><i>"Der öffentlichen Wahrnehmung entgeht keineswegs, dass der Sozialstaat immer teurer und undurchsichtiger wird und widersprüchliche Effekte zeitigt. Paradoxe Weise wird der damit einhergehende Legitimationsverlust durch das sozialpolitische Expertenwesen noch verschärft. Sozialwissenschaften, Wohlfahrtsverbände, Enquetekommissionen, Stadtsoziologen und Gewerkschaften arbeiten, um Sozialforderungen zu begründen."</i></p>	<p>Der öffentlichen Wahrnehmung entgeht keineswegs, dass die Subventionierung des Geldadels durch den Staat und die Belastung von Unternehmen mit exorbitanten Vorstandsgehältern (von zuweilen mehreren dutzend Millionen Euro) immer teurer und undurchsichtiger wird und widersprüchliche Effekte zeitigt. Paradoxe Weise wird der damit einhergehende Legitimationsverlust durch das staatsnahe, politische Expertenwesen noch verschärft. Unbeirrt von den verheerenden, volkswirtschaftlichen Folgen der Agenda 2010 arbeiten Ökonomen, Soziologen, Politologen und Journalisten wie Klaus Hartung daran, eine weitere Verringerung des Lohn- und Gehaltsanteils am Volkseinkommen zu legitimieren.</p>
<p><i>"Das Bild, das die Armutforscher auf Dauer installieren, ist verheerend: Die Armut wächst, obwohl der Sozialstaat immer teurer wird. Mithin scheitert er. Es soll hier keine einfache Korrelation zwischen dem Umfragetief der SPD und dem Glaubwürdigkeitsverlust des Sozialstaats aufgestellt werden. Aber es ist offensichtlich, dass die Sozialstaatspartei von der wachsenden Ambivalenz der Bevölkerung gegenüber dem Sozialstaat infiziert ist."</i></p>	<p>Das Bild, das die Armutforscher zeichnen, ist verheerend: Die Armut wächst, und der Sozialstaat wird immer teurer. Doch der Sozialstaat kann die Folgen einer gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik nur abfedern... Es ist offensichtlich, dass die Sozialstaatspartei unter dem Zorn der Bevölkerung über die wachsende Verteilungsungerechtigkeit zu leiden hat und ihre Wählerbasis erodiert.</p>
<p><i>"... die Hartz-Reformen in der zweiten Amtszeit waren von Hast, faulen Kompromissen und technischen Fehlern so sehr geprägt, dass sie zum Trauma der Partei wurden. Im Grunde sind es unvollendete Reformen. Aber wenn die SPD sich nun darauf verständigt, die Hartz-Episode zu verdrängen, dann liefert sie sich ohnmächtig der doppelten Krise aus: der Krise der Partei und der des Sozialstaats."</i></p>	<p>... die Hartz-Reformen in der zweiten Amtszeit waren ein Frontalangriff auf die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer beim Verteilungskampf um das Volkseinkommen – und wurden zum Trauma der Partei. Dabei sind es im Grunde unvollendete Reformen - vor allem weil der Koalitionspartner CDU sich davor hütete, den Unmut der Bevölkerung auf sich zu lenken. Doch wenn die SPD es dabei belässt, die Hartz-Episode nur zu verdrängen, statt diesen Fehler unmissverständlich und glaubwürdig zu widerrufen, dann liefert sie sich selbst dem Untergang in die Bedeutungslosigkeit aus.</p>

<p><i>"Je mehr die beunruhigende Dimension der Sozialstaatskrise, die eben nicht nur eine Finanzkrise ist, von der SPD ausgeblendet wird, desto weniger Zukunft verbürgt sie. Bislang gab es eine unausgesprochene Bindung der besserverdienenden und sozial engagierten Akademiker an die Sozialdemokratie. In deren Augen repräsentierte die Partei die Seite der Guten und den Anspruch auf eine bessere Gesellschaft. Diese Bindung zerfällt. Denn der Zirkel der Realitätsverleugnung treibt die Sozialdemokratie in einen Totalverlust jener gesellschaftspolitischen Ansprüche."</i></p>	<p>Je mehr die beunruhigende Dimension der Sozialstaatskrise, die Folge einer gescheiterten Wirtschaftspolitik wie auch der Finanzkrise ist, von der SPD ausgeblendet wird, desto weniger Zukunft verbürgt sie. Bis vor wenigen Jahren noch gab es eine unausgesprochene Bindung eines großen Teils der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Bevölkerung an die Sozialdemokratie. In deren Augen repräsentierte die Partei die Seite der Guten und den Anspruch auf eine bessere Gesellschaft. Diese Bindung zerfällt. Denn der Zirkel der Realitätsverleugnung treibt die Sozialdemokratie in einen Totalverlust jener gesellschaftspolitischen Ansprüche.</p>
<p><i>"Nützt der SPD auf Dauer das stumpfsinnige Gerede von den starken Schultern, die mehr tragen müssen? In den 80er Jahren wollte Ingrid Matthäus-Maier alle fälligen Sozialprogramme mit dem eingesparten Jäger 90 finanzieren. Was damals der Jäger 90 war, sind heute die starken Schultern, die obendrein mehr leisten. Zwanzig Prozent der sogenannten Besserverdienenden tragen zwei Drittel des Haushalts, dazu gehören eben auch die gut verdienenden Facharbeiter. Könnte also Steuergerechtigkeit und Steuerangemessenheit ein zentrales sozialdemokratisches Thema sein, ein Thema der sozialen Gerechtigkeit? Müsste die Partei nicht ebenso deutlich auf der Seite des Steuerzahlers stehen, wie sie auf der Seite des Sozialstaatsklienten steht?"</i></p>	<p>Nützt der SPD auf Dauer das stumpfsinnige Gerede von der Orientierung auf die "Mitte" der Gesellschaft? Die Statistiken sprechen dagegen. So lag das mittlere verfügbare Jahreseinkommen armutsgefährdeter Menschen 2007 24 Prozent unterhalb des Einkommens, das ein Armutsrisiko signalisiert; 2005 waren es nur 19 %. Diese Entwicklung hat wohl gemerkt im letzten Aufschwung stattgefunden. Müsste also die Verteilungsgerechtigkeit nicht wieder zu einem zentralen sozialdemokratischen Thema werden? In Wahrheit ist sie es längst. Die Partei nimmt das Thema offiziell aber immer noch nicht ernst genug und wird die Folgen in den kommenden Wahlen zu spüren bekommen.</p>
<p><i>"Können solche Überlegungen nützen, können sie der SPD helfen? Natürlich werden damit tausend Fragen aufgerührt, und es wäre Selbstmord auf offener Bühne, diese Fragen in Wahlkampfzeiten offen anzusprechen. Aber – und das ist das Dilemma der SPD – die Alternative des Beschweigens, Tabuisierens und sich dagegen Immunisierens ist genauso tödlich. Vielleicht rafften sich die 46 Prozent Nichtwähler mit SPD-Neigung auf und gehen doch wählen, weil sie die Volkspartei SPD retten wollen. Aber ohne Sozialstaatsreform wird die Sozialstaatspartei nicht überleben."</i></p>	<p>Können solche Überlegungen nützen, können sie der SPD helfen? Natürlich werden damit tausend Fragen aufgerührt, doch diese Fragen in Wahlkampfzeiten offen anzusprechen, wäre der einzige Weg, das Interesse der Wähler zurückzugewinnen. Die Alternative des Beschweigens, Tabuisierens und sich dagegen Immunisierens ist tödlich... Ohne das Vertrauen der Wähler, sie werde den Sozialstaat bewahren, wird die Sozialstaatspartei nicht überleben.</p>

Kai Ruhsert, 30. August 2009